Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 155. Donnerstag, 5. Juli 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kritik oder Anerkennung?

Von unserem Berliner Vertreter.

qu. Es ist ohne Zweifel: die Sozialdemokraten haben sich völlig umgestellt. Sie sind nicht mehr die Partei der Extreme, nicht die Ideologen, denen Verfolgung unerreichbarer Ziele eine Notwendigkeit ist. Sie haben sich dem Realen zugewandt, lösen sich selbst von Grundsätzen, die im alten Parteiprogramm als oberster Grundsatz galten. Sie sind regierungsfähig geworden, und das bedingte ein Anpassen an die Zeit, ein Einfügen in die Verhältnisse, bedingt rechnen mit unabänderlichen Tatsachen und forderte Einsehen, daß es neben dem Proletariat noch andere Menschen gibt, die Existenzberechtigung haben. Wir haben in Preußen erlebt, daß die Sozialdemokraten recht gut aus dem engen Gesichtskreis anerzogener Begriffe hinaustreten und an die Notwendigkeiten eines Volkes denken können. Im Reiche erleben wir jetzt das gleiche.

Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller-Franken hat ein Programm entwickelt, das auch jeder andere bürgerliche Reichskanzler vertreten könnte. Man sollte nun nicht meinen, er hätte ohne seine Partei gehandelt und mit Tatsachen gerechnet, selbst im Gegensatz zu seinen Parteigenossen. O nein, der Abgeordnete Dr. Breitscheid hat verraten, daß die sozialdemokratische Fraktion ihren Ministern keine Blankovollmacht gegeben habe, diese vielmehr immer der Kontrolle der Partei unterständen. Logisch ist demnach: was Hermann Müller offenbarte, ist Parteiansicht.

Soll man nun eine Partei, die sich in kurzer Zeit von Saulus zum Paulus wandelt, wegen dieses Umfalles mit kritischen Randglossen bedenken, wie es geschieht, oder soll man anerkennen, daß sie den Mut aufbringt, einen Wechsel der Ansichten und Absichten vorzunehmen?

Es ist jedenfalls interessant, darüber Politiker zu hören. Wir haben uns die Mühe gemacht, bei Abgeordneten verschiedener Parteien zu fragen. Das Ergebnis: Man begegnet eigentlich nur der Auffassung, daß es anerkennenswert sei, daß die Sozialdemokraten mit ihrem elastischen Einfinden in die Forderungen des Tages, eine Beruhigung des politischen Lebens schaffen und es allen bürgerlichen Parteien möglich machen, mit ihnen offen und auf Verständnis rechnend zu verhandeln, mit ihnen zu arbeiten und an die Lösung größerer Probleme zu gehen. Es wäre — sagt ein führender Zentrumsmann — ein Unding, mit den Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden, wenn man nicht die Gewähr hätte, daß sie eine Partei des Notwendigen, wie man sagen kann, geworden sind. Die Partei von früher, die den engen Gesichtskreis hatte, nur die Arbeiter, die Abhängigen wären da und forderten ihre Unterstützung, ist abgelöst durch eine Partei, die Verantwortung zeigt, eben deshalb Verantwortung, weil sie im Gegensatz zu früher zur Verantwortung herangezogen wird.

Wir haben die Erfahrung hinter uns, daß Verantwortung zur weitblickenden Gerechtigkeit führt. Die Sozialdemokraten wollen regieren. Aus diesem Bestreben heraus haben sie eine ganz neue Einstellung nehmen müssen. Sie können nicht niederreißen, um einer Menschenkategorie zu helfen. Sie müssen aufbauen, denn regieren heißt aufbauen. Nicht nur Erhaltung des Bestehenden. Der Regierende muß begreifen, daß das Land vielseitige Interessen hat. Sich in dem regierten Lande viele Interessen stoßen. Es gibt Kapital und Arbeit, Freiheit und Abhängigkeit, es gibt Not und Luxus. Nur diese Gegensätze machen einen Staat. Einen völligen Ausgleich zu schaffen, ist unmöglich, wenn der Staat bestehen soll. Allen gerecht zu werden, das ist die Aufgabe.

Deshalb haben, in Anerkennung dessen, die Sozialdemokraten auch ein Agrarprogramm verkünden lassen, das jeden Landmann befriedigen muß. Die Partei, die Gegner der Landwirtschaft immer gewesen, will dem Lande helfen, will die Landwirtschaft fördern, will eine gute Agrarpolitik treiben! Das ist das beste Beispiel, wie Verantwortung Verpflichtungen auferlegt. Wenn die Sozialdemokraten vielleicht auch keine innere Liebe zu den Agrariern haben werden, so überwinden sie ihre Abneigung und geben, was eine Regierung geben muß: jedem das Seine!

Kritik fordert der Wandel der Sozialdemokratie nicht. Mag sonst im Leben der schwankende Mensch nicht gerade die größte Achtung fordern und finden, Anschauungen und Grundsätze von Parteien müssen im engen Anfühlen an die Zeit verbessert, revidiert werden. Schließlich haben alle Parteien viel von dem, was einstmals ihr Programm schmückte, vergessen und sogar in Gegensätze umgestellt. Bei den Sozialdemokraten, die immer in der Opposition waren, immer als eine negierende Partei galten, denen immer der Begriff des Radikalen anhing, ist der Wandel nur auffälliger. Sie haben den Wechsel zu schnell und zu gründlich vornehmen müssen. Dadurch aber, daß sie es taten und daß sie es zugeben, heute anders zu denken, als gestern, um regieren zu können, haben sie die Achtung des breiten Volkes verdient.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag eingebracht.

* Berlin. (Telunion.) **Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages!**

Staatstheater-Debatte im Sächsischen Landtage.

Scharfe Kritik der Parteien.

fk. Dresden, 4. Juli.

Die heutige Sitzung begann erst nachmittags 3 Uhr. Die Beratung beginnt bei Kap. 68,

Staatstheater.

Abg. **Weckel** (Soz.) beantragt als Berichterstatter die Genehmigung des Kapitels. Als Fraktionsredner übt er an manchen Zuständen Kritik und bringt verschiedene Wünsche vor. Beklagenswert sei der Niedergang der künstlerischen Leistungen. Am Schauspielhause finde man kein Stück, das die Probleme der Gegenwart behandele. An den üblen Zuständen an der Oper trage Generalmusikdirektor Busch die Schuld: von 300 Opernaufführungen im letzten Jahre habe er nur 60 geleitet. Einen solchen Gastspieldirigenten könne man sich an der Dresdner Oper nicht leisten. Busch verdanke seinen Ruhm nur der Staatskapelle. An der Oper besonders werde zu viel antiproletarische, reaktionäre Politik getrieben. v. Schuch habe die größten Taten ohne hochbezahlte auswärtige Gäste vollbracht. Die Tänzerinnen würden zum Teil mit dem Hungerlohne von 50 RM. abgespeist. Auch die Verhältnisse der Bühnenarbeiter spotteten jeder Beschreibung. Die Opernchoristen hätten seit langer Zeit keine Aufbesserung erhalten. Der Generalintendant scheine zu weich zu sein, er drücke nicht durch. **Seine Partei werde den Etat der Staatstheater ablehnen.**

Abg. **Böttcher** (K.) stimmt im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners zu und erklärt, **auch seine Partei lehne den Etat** wegen der in den Staatstheatern getriebenen arbeiterfeindlichen Politik und wegen der hohen Zuschüsse ab. Redner stellt demgegenüber die Kunst Sowjet-Rußlands als vorbildlich hin. Redner beantragt die Einsetzung eines Theaterausschusses, bei dem alle Beschwerden vorgebracht werden könnten.

Abg. Dr. **Kastner** (Dem.): Wenn wir den gegen das Vorjahr nicht unerheblich erhöhten Etat von uns aus annehmen, so wollen und können wir uns damit nicht des Rechts eingehender Kritik begeben. In der Oper freuen wir uns nach wie vor an den besonderen Leistungen von Chor und Kapelle, die ebenso deren Mitgliedern, wie deren Führern, zu danken sind. Vorraussehbare Fehlschläge, namentlich in der Oper (Howantschina, Traumland), übermäßig kostbare Ausstattung, wie bei der „Turandot" seinerzeit, sind bis zu einem gewissen Grade vermeidbar. Der technische Apparat, wenn er an sich auch Mängel aufweist, hat so oft versagt, daß es peinlich wirkt. Sobald die Geldverhältnisse es einmal erlauben, wird man an einen Umbau des Bühnenhauses in der Oper denken müssen. Daß man ohne Not bewährte Kräfte unserer Oper gegenüber auswärtigen Gästen zurücksetzt, ist auch nicht nötig. Eine der Ursachen liegt zweifellos in der beklagenswerten langen Abwesenheit des Generalmusikdirektors. Jeder vernünftige Mensch wird es begrüßen, wenn der Generalmusikdirektor auswärts, auch im Auslande und insbesondere in Amerika, in die Erscheinung tritt. Aber der Opernbetrieb hier darf darunter nicht leiden. Im Schauspielhaus beklagen wir ganz außerordentlich den Abgang Wieckes. Es scheint uns eine falsche Sparsamkeit zu sein, daß man ihn aus formalen Gründen zum Rücktritt nötigte. Mit der Wahl seines Nachfolgers sind wir einverstanden. Dem Urteil des Ministers im Ausschuß über Riesau stimmen wir durchaus zu. Das Ensemble des Schauspielhauses ist vorbildlich. Auch die Mannigfaltigkeit des Spielplanes, wenn auch zahlreiche Wünsche offenbleiben, ist durchaus zu begrüßen. Verantwortlich ist nach der Denkschrift für die gesamten Staatstheater der Generalintendant. An ihn richtet sich insbesondere unsere Mahnung mehr als bisher. Er muß beweisen, daß er wirklich die Führerpersönlichkeit ist, die wir an der Leitung unserer Staatstheater brauchen. Diesen Beweis erwarten wir von der kommenden Spielzeit. Davon machen wir unsere Einstellung in der Zukunft abhängig.

In der fortgesetzten Beratung des Etatkapitels Staatstheater erklärt Abg. **Siegert** (Dn.), seine Freunde würden ihre Zustimmung zu dem Kapitel nur unter ernsten Vorbehalten geben. Eine Stärkung der Stellung des Vertreters der Staatsregierung in der Leitung der Staatstheater würden seine Freunde lebhaft begrüßen. Notwendig sei eine Abgrenzung der Zuständigkeit aller Instanzen der Staatstheater und eine starke leitende Hand gegenüber den sich breitmachenden großen und kleinen Majestäten. Die Amerikareise des Generalmusikdirektors Busch, die für ihn vielleicht ein Erfolg, für die Staatstheater aber ein Unglück gewesen sei, läßt sich nur aus dem Mangel einer starken Abgrenzung der Zuständigkeiten erklären. Man spüre krisenhafte Erscheinungen, aber man könne ihnen nicht beikommen. Von zuständigen Stellen sei ihm, dem Redner, die Zusicherung gegeben worden, daß der Grundsatz der vollen Verantwortlichkeit des Generalintendanten in Bezug auf die künstlerische Tätigkeit und die wirtschaftlichen Fragen aufs vollste durchgeführt werden solle. Von der Erfüllung dieser Versprechen würden seine Freunde ihre künftige Stellung zum Staatstheater abhängig machen. Vor einer Ueberspannung des Starsystems müsse ernstlich gewarnt werden. Ein wirklich künstlerisches Durchschnittsniveau der Oper werde nur durch eine intensive Hingabe aller Kräfte erreicht und erhalten. Früher sei das so gewesen. Aber der damalige Generalmusikdirektor v. Schuch sei auch in Dresden und vor allem in seinem Opernhause heimisch gewesen. — Damit schließt die Aussprache. (Zuruf von links: Die Regierung verzichtet auf Entgegnung! Der Volksbildungsminister verläßt den Saal.) Die vorliegenden kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt und die Einstellungen genehmigt.

Es erfolgt nunmehr die gestern ausgesetzte Abstimmung über das Kapitel

Ministerium des Innern.

Das Gehalt des Ministers des Innern wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten mit Stimmengleichheit (47 gegen 47 Stimmen) bewilligt. Im übrigen werden die Einstellungen mit den Abänderungsvorschlägen des Ausschusses genehmigt.

Genehmigung finden auch die Einstellungen bei Kap. 25 **Kreis- und Amtshauptmannschaften** und **Zweigamt Sanda.**

Der Entwurf eines Gesetzes zur **Aenderung des Gesetzes über die hypothekarische Belastung von familienanwartschaftlichen Grundstücken und Lehngütern** wird in sofortiger Schlußberatung angenommen.

Dasselbe geschieht mit dem Entwurf eines Gesetzes über **die Abänderung des Schlachtviehversicherungsgesetzes,** nachdem Abg. Dr. **Wilhelm** (WP.) für baldigen Abbau der Schlachtsteuer gesprochen, Abg. **Renner** (Komm.) den Gesetzentwurf abgelehnt hat und Abg. **Schladebach** (Dn.) den Entwurf als eine teilweise Erfüllung der von seiner Partei früher vorgebrachten Wünsche bezeichnet hat.

Es erfolgt dann die Beratung über die Vorlage betr. die Einstellung eines neuen Titels in den außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1928 wegen **Gewährung des Darlehns an die Deutsche Reichsbahngesellschaft zur Fertigstellung der Eisenbahn-Neubaulinie von Jößchen—Leutzsch.**

Abg. **Nöllig** (DVp.) beantragt die Annahme der Vorlage in sofortiger Schlußberatung. Der Bau dieser Linie sei eine dringende Notwendigkeit. Auch die Redner der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei treten für Schlußberatung ein. Das Haus nimmt schließlich die Vorlage in Schlußberatung gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Volksrechtpartei an.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf

Förderung der Siedlungsbestrebungen

unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsopfer wird in folgender Fassung des Ausschusses **angenommen:** die Regierung zu ersuchen, zur Förderung der Siedlungsbestrebungen unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsopfer **jährlich einen größeren Betrag als bisher zur Verfügung zu stellen.**

Eine sozialdemokratische Anfrage wünscht Auskunft über die Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 9. März 1927 betreffend

Sonderbeihilfen für Fürsorgeverbände und Gemeinden.

Die Anfrager wünschen Auskunft, welcher Gesamtbetrag verausgabt worden sei, welche Bezirksverbände bedacht worden seien und in welcher Höhe diese Beträge erhalten hätten.

Ministerialdirektor Edelmann vom Wirtschaftsministerium teilt mit, daß aus Mitteln des Etats insgesamt 1 949 673 RM. zur Verfügung gestellt worden seien. Außerdem sind unerwarteterweise seitens der Reichs für die gleichen Zwecke dem Freistaate Sachsen 2 461 000 RM. zugeflossen, so daß über den früher zugesagten Betrag hinaus **insgesamt 4 411 000 RM. verteilt werden konnten.** Es seien gegeben worden: **3 813 000 RM. für einmalige Beihilfen an Kleinrentner und Friedens- und Kriegsblinde,** die sämtlich Bezirksfürsorgeverbänden zugute gekommen seien. Der Regierungsvertreter teilt dann im einzelnen die Summen mit, die für verschiedene Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden sind.

Einen sozialdemokratischen Antrag betreffend die **Stempelsteuerfreiheit der Vollmachten für das Verfahren vor den Arbeitsgerichtsbehörden** schlägt der Ausschuß in folgender Fassung zur Annahme vor: die Regierung zu ersuchen, eine Abänderung des Stempelsteuergesetzes vorzunehmen, insbesondere in dem Sinne, daß Vollmachten für die Arbeitsgerichtsbehörden der Stempelsteuer nicht unterliegen.

Abg. **Neu** (Soz.) wünscht eine Vorlage, durch die eine Revision des Stempelsteuergesetzes erfolgen soll.

Der Ausschußantrag wird hierauf angenommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet ein **deutschnationaler Antrag,** den Abg. **Berg** begründet. Er wünscht, daß der Höchstbetrag der zu erhebenden Stempelsteuer für Vollmachten zur Uebernahme aller Geschäfte oder gewisser Gattungen von Geschäften für den Vollmachtgeber entsprechend den Bestimmungen des preußischen Stempelsteuergesetzes vom 27. Oktober 1924 250 RM. beträgt. — **Der Antrag wird an den Rechtsausschuß verwiesen.**

Schluß der Sitzung: 1/20 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 5. Juli, 11 Uhr. Außer der Donnerstag-Sitzung werden noch zwei Plenarsitzungen, und zwar am Dienstag und Mittwoch nächster Woche stattfinden.

Sodann wird der Landtag in die Sommerpause eintreten.